

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 362/76BESCHLUSS

in der Entschädigungssache

Dr. med. Mica H [REDACTED] - S [REDACTED],
[REDACTED] E [REDACTED]/R [REDACTED], Psychiatrisches Krankenhaus E [REDACTED].

- Prozeßbevollmächtigter: Klägerin und Beschwerdeführerin,
Rechtsanwalt Dr. [REDACTED],
D [REDACTED] -

gegen

Land Nordrhein-Westfalen,
vertreten durch die Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen,
T [REDACTED]straße [REDACTED], D [REDACTED].

Beklagten und Beschwerdegegner

Die Klägerin mußte als Jüdin in hohem Maße Zwangsarbeit leisten. Sie verließ im April 1969 Rumänien und gelangte im selben Monat in die Bundesrepublik Deutschland. Im Juni 1969 stellte sie einen Entschädigungsantrag und bat um Wiedereinsetzung in die verstrichene Antragsfrist. Wiedereinsetzung wurde 1970 gewährt. Ihre auf die Verfolgung zurückgeführten gesundheitlichen Schäden erläuterte die Klägerin erst 1971.

Die Entscheidung des Berufungsgerichts, der Gesundheitsbeschadensanspruch sei wegen nicht rechtzeitiger Substantiierung erloschen, entspricht der Rechtsprechung des Senats (BGH Ruz 1979, 228). Völlig die Entschädigungsberechtigung der Klä-

gerin nur aus § 4 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe e BEG abgeleitet werden kann, stellen sich Rechtsfragen zur Dauer der Substantiierungsfrist bei nach § 150 BEG "Altberechtigten" (vgl. BVerfG Rz 1980, 62) nicht.

Mai

Portmann

